

Niederschrift

**über die in der 11. Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales
am 03.07.2018 im Prinz-Moritz-Saal des Kreishauses in Kleve (Raum E.159)
gefassten Beschlüsse**

Beginn der Sitzung : 16:00 Uhr
Ende der Sitzung : 17:30 Uhr

anwesend sind

Schreiber, Adolf	Goch
Poell, Peter	Goch
Schmidt, Gabriele	Kleve
Koppers, Josef	Goch
Erkens, Hans-Willi	Geldern
Dr. Krebber, Klaus	Emmerich am Rhein
Mulder, Andy	Kleve
Meinert, Gabriele	Kleve
Kerkenhoff, David	Kalkar
Velten, Thomas	Kleve
Killewald, Norbert	Kevelaer
Engler, Gerd	Goch
Kreutzmann, Andrea	Geldern
Rupp, Thorsten	Emmerich am Rhein
Habicht, Kai	Kerken

beratendes Mitglied

entschuldigt sind

Höhn, Birgit
Siebert, Susanne

anwesend sind von der Verwaltung

Landrat Wolfgang Spreen
Günter Franik
Andrea Schwan

als Schriftführer/in

Thomas Reintjes

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Ausschusses für Gesundheit und Soziales. Er stellt fest, dass die Einladung form- und fristgerecht zugegangen und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Das bisher nicht verpflichtete Ausschussmitglied Frau Gabriele Meinert wird vom Vorsitzenden durch Verlesen der Verpflichtungsformel mit anschließendem Handschlag zur gesetzmäßig und gewissenhaften Wahrnehmung seiner Aufgabe verpflichtet.

Anträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Es erklärt sich niemand für befangen im Sinne der Kreisordnung.

- - - - -

Öffentliche Sitzung

1. Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II
Bericht über den aktuellen Sachstand

2. Bewerbung um ein Kommunales "Modellvorhaben Pflege"
Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 20.04.2017

3. Anpassung der Satzung über die Durchführung der Sozialhilfe nach dem SGB XII im Kreis Kleve vom 20.06.2008

4. Kommunale Pflege- und Gesundheitskonferenz des Kreises Kleve (KPGK)
Bericht aus der letzten Sitzung

5. Forum für Seniorinnen und Senioren
Bericht aus der letzten Sitzung

6. Kurzzeitwohnen für behinderte Kinder im Kreis Kleve
Antrag der GRÜNE Kreistagsfraktion Kleve vom 05.06.2018

7. Gewährung von Stipendien für Medizinstudentinnen und Medizinstudenten im Kreis Kleve
Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 14.06.2018

8. Mitteilungen

9. Anfragen

- - - - -

Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II
Bericht über den aktuellen Sachstand

Herr Velten bittet in Zusammenhang mit den auf Seite 2 der Sitzungsvorlage dargestellten Integrationsquoten in sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse, um Erläuterung der erheblich differierenden Quoten in Straelen und Kleve. Herr Habicht bittet darüber hinaus um Erläuterung zur Berechnung der Integrationsquoten.

Frau Schwan informiert, dass bei der Integrationsquote die Summe der Integrationen in den vergangenen 12 Monaten ins Verhältnis zum durchschnittlichen Bestand der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten in den vergangenen zwölf Monaten gesetzt wird. Die unterschiedlichen Quoten von Kleve und Straelen lassen sich u.a. durch unterschiedliche Rahmenbedingungen im südlichen Kreisgebiet, wo z.B. der Garten- und Landschaftsbau stärker ausgeprägt ist, erklären. .

Herr Engler bedankt sich für die SPD-Fraktion für die ausführliche Berichterstattung. Er bittet um kurze Erläuterung der drei Personenkreise die in der Vorlage dargestellt sind.

Auf Nachfrage von Herrn Engler erläutert Frau Schwan, dass es sich bei Bedarfsgemeinschaften im Regelfall um Familienverbände handle. In jeder Bedarfsgemeinschaft können erwerbsfähige Leistungsberechtigte und sogenannte Sozialgeldempfänger, in der Regel minderjährige Kinder, zusammengefasst sein.

Herr Engler bittet um Informationen darüber, ob die in der Vorlage angesprochenen Menschen mit Migrationshintergrund auch vom im Kreis Kleve geplanten „Kommunalen Integrationszentrum“ betreut werden sollen.

Frau Schwan teilt mit, dass ihr hierüber noch keine Informationen vorliegen. Sie geht aber davon aus, dass sich das „Kommunale Integrationszentrum“ um alle Migranten und Zugewanderten kümmert und somit auch Erwerbslose erfasst werden.

Herr Engler hält das Modellprojekt „Reha-Pro“ für eine gute Idee. Es stelle sich, wie bei allen Projekten, die Frage der Nachhaltigkeit und der Weiterführung. Er erinnert daran, dass er bereits in der letzten Ausschusssitzung eine Auswertung der Maßnahmen angeregt habe.

Frau Schwan teilt mit, dass die Laufzeit des Modellprojekts „Reha-Pro“ fünf Jahre betrage. Im Rahmen des Projekts sind Überlegungen zur Fortsetzung und Nachhaltigkeit zu erwarten. Die Erfolge aller Maßnahmen werden gemessen. Für das Jahr 2017 werde eine Eingliederungsbilanz erstellt. Diese könne dem Fachausschuss in einer der nächsten Sitzungen zur Kenntnis gegeben werden.

Herr Rupp bittet nicht nur eine zahlenmäßige Auswertung, sondern auch eine Bewertung der großen und wichtigen Projekte und der eher kleinen Projekte zur Verfügung zu stellen. Er vermisst Aussagen zum neuen Arbeitsmarktprogramm „Sozialer Arbeitsmarkt“ der neuen Bundesregierung.

Frau Schwan teilt mit, dass bisher lediglich ein Referentenentwurf für ein sog. „Teilhabechancengesetz“ vorliegt, der noch Änderungen im Gesetzgebungsprozess unterliegen kann. Es wird ein Inkrafttreten zum 01.01.2019 erwartet. Der Kreis Kleve sei dabei, den Gesetzesentwurf auszuwerten.

Herr Velten sieht vor allem strukturelle Gründe für die unterschiedlichen Integrationsquoten der einzelnen Kommunen. Seiner Auffassung nach sind die Strukturen in kleineren Kommunen überschaubarer, da hier jeder jeden kennt. Er bittet die Verwaltung, den Ausschuss in einer der nächsten Sitzungen über die Erfolgsquoten der Kommunen zu unterrichten. Ihm sei auch aufgefallen, dass bei den Kosten der Grundsicherung ein geringerer Kreisanteil an den Kosten der Unterkunft zu verzeichnen sei. Hierzu bittet er um Erläuterung.

Frau Schwan teilt mit, dass die Höhe der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft schwankend ist, was Auswirkungen auf den Kreisanteil habe. Aktuell zu berücksichtigen seien insbesondere höhere Zuweisungen im Bereich der Kosten der Unterkunft für Flüchtlinge.

Landrat weist darauf hin, dass das Kommunale Jobcenter im Jahr 2005 gestartet ist. Systembedingt und ausdrücklich gewollt sei ein Wettbewerb der Kommunen untereinander, die für die Ergebnisse verantwortlich sind. Der Kreis Kleve schaffe unter anderem durch die Veröffentlichung der Integrationsquoten Transparenz und gebe auch Anregungen. Eine verantwortliche Analyse der Ergebnisse und die Ableitung evtl. zu ergreifender Maßnahmen obliege aber den 16 Städten und Gemeinden. Der Kreis nehme keine Bewertung der Leistungen der Kommunen vor.

Auf Nachfrage von Herrn Habicht informiert Frau Schwan, dass über den Anteil der psychisch erkrankten Leistungsbezieher an allen Leistungsbeziehern keine Statistik vorhanden sei.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 846 /WP14

Bewerbung um ein Kommunales "Modellvorhaben Pflege"
Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 20.04.2017

Herr Rupp teilt mit, dass man sich von der Teilnahme an einem „Modellvorhaben Pflege“ eine deutliche Verbesserung der Pflegeberatung im Kreis Kleve versprochen habe. Es sei bedauerlich, dass das Modellprojekt in NRW nicht komme. Es stelle sich jetzt die Frage, ob der sog. virtuelle Pflegestützpunkt bestehen bleibe und wie sich die Nutzerzahlen entwickelt hätten. Diese seien bisher eher gering gewesen.

Landrat informiert, dass es sich bei dem sogenannten „virtuellen Pflegestützpunkt“ um einen echten Pflegestützpunkt handelt, der bei Bedarf hilfesuchende die es ohnehin schwer haben, auch in ihren Räumlichkeiten aufsuche. Die aktuellen Nutzerzahlen können bei der AOK angefragt werden. Diese würden im Rahmen der Niederschrift nachgereicht. Die geringe Inanspruchnahme des Pflegestützpunktes resultiere daraus, dass der Kreis Kleve in der vorteilhaften Situation sei, dass es eine Vielzahl von ausgezeichneten Beratungsangeboten gebe, die eine Ausweitung des Beratungsangebots nicht erforderlich machen. Bei einem so guten Angebot schaffe ein weiteres gutes Angebot keine Verbesserung. Ein Pflegestützpunkt werde offensichtlich nicht gebraucht. (Anmerkung außerhalb der Niederschrift: In dem Zeitraum von Juni 2017 bis Juni 2018 wurde der in Zusammenarbeit mit der AOK eingerichtete Pflegestützpunkt nicht in Anspruch genommen.)

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Anpassung der Satzung über die Durchführung der Sozialhilfe nach dem SGB XII im Kreis Kleve vom 20.06.2008

Herr Engler teilt mit, dass die SPD-Fraktion den Beschlussvorschlag nicht in Frage stellt. Er bittet im Zusammenhang mit dem Übergang der Aufgabe um Informationen darüber, ob die personellen Voraussetzungen für die Aufgabe geschaffen werden können.

Herr Franik teilt mit, dass aktuell ca. 1000 Fälle der Hilfe zur Pflege in Einrichtungen beim Kreis bearbeitet werden und 140 Fälle der Hilfe zur Pflege außerhalb von Einrichtungen bei den 16 Kommunen des Kreises. Eine Zusammenführung der Aufgaben beim Kreis sei, auch wegen der neuen Wohnformen für ältere und behinderte Menschen, sinnvoll. Ein Konzept zur Umsetzung in fachlicher und personeller Hinsicht werde derzeit erarbeitet.

Herr Poell erkundigt sich danach, ob und wie die Kommunen durch die Satzungsänderung entlastet werden.

Herr Franik teilt mit, dass die Kommunen hinsichtlich der Geldleistung Hilfe zur Pflege nicht entlastet werden, da diese seit jeher aus dem Kreishaushalt erfolge. Entlastungen entstehen aber durch wegfallende Personal- und Sachkosten.

Herr Killewald hält es angesichts der aktuellen Arbeitsmarktlage für schwierig, für die Aufgabe geeignete Fachkräfte zu gewinnen.

Landrat teilt mit, dass es sicherlich schwierig sei, für bestimmte qualifizierte Aufgaben geeignetes Fachpersonal auf dem Arbeitsmarkt zu bekommen. Die Personalgewinnung sei allgemein nicht einfach. Es sei aber auch so, dass der Kreis in diesem Bereich sicherlich ein attraktiver Arbeitgeber sei.

Beschluss:

§ 3 der „Satzung über die Durchführung der Sozialhilfe nach dem SGB XII im Kreis Kleve“ vom 20.06.2008 wird mit Wirkung vom 01.01.2019 wie folgt gefasst:

Die Zuständigkeit für folgende Aufgaben verbleibt beim Kreis Kleve:

1. Leistungen der Eingliederungshilfe nach dem Sechsten Kapitel des SGB XII,
2. Leistungen der Hilfe zur Pflege nach dem Siebten Kapitel des SGB XII,
3. Durchführung von Widerspruchsverfahren, sofern dem Widerspruch nicht durch die zuständige Kommune abgeholfen wird,
4. Koordination der zur Aufgabenerfüllung eingesetzten ADV-Verfahren

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 15
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

Kommunale Pflege- und Gesundheitskonferenz des Kreises Kleve (KPGK)
Bericht aus der letzten Sitzung

Herr Engler teilt mit, dass sich die SPD-Fraktion Sorgen um die Kommunale Pflege- und Gesundheitskonferenz mache und die Wahrnehmungen des Landrats in der Niederschrift uneingeschränkt teile. Im Zusammenhang mit der Durchführung von Sitzungen gebe es eine Vielzahl ungeklärter organisatorischer Fragen. Dies betreffe auch das Verhältnis zwischen dem Fachausschuss und der Kommunalen Pflege- und Gesundheitskonferenz. Er habe den Eindruck, dass das Gremium vom Landrat nicht ausreichend unterstützt wird. Dies habe Auswirkungen auf die Tätigkeit des Gremiums.

Landrat teilt mit, dass die Verantwortung für die Sitzungsinhalte der Kommunalen Pflege- und Gesundheitskonferenz bei den Mitgliedern liege, zu denen auch der Ausschussvorsitzende und Herr Killewald gehören. Es sei verwunderlich, wenn nach 8 Jahren Fragen zur Geschäftsordnung gestellt werden. Jedes Mitglied könne unter Beachtung der Fristen einen Antrag zur Tagesordnung stellen. Bisher sei jeder Antrag beraten worden. Bei der Kommunalen Pflege- und Gesundheitskonferenz handele es sich um ein Expertengremium zur Beratung des Fachausschusses, nicht aber um ein politisches Gremium, welches Aufträge an die Verwaltung geben kann, wie z.B. die Fortschreibung des Gesundheitsberichts. Die Interessen der Mitglieder seien sicherlich unterschiedlich und die Erwartungen einzelner Mitglieder nicht immer gerechtfertigt.

Herr Engler fragt ob es sinnvoll ist, dass der Landrat Vorsitzender der Kommunalen Pflege- und Gesundheitskonferenz ist, wenn es sich um ein Beratungsgremium für Verwaltung und Fachausschuss handelt.

Landrat teilt mit, dass der Kreistag die neue Zusammensetzung der Kommunalen Pflege- und Gesundheitskonferenz im Jahr 2010 beschlossen habe. Der Vorsitz der Konferenz sei in der Geschäftsordnung geregelt. Die Mitgliedschaft in der Konferenz sei in der Vergangenheit durch Kreistagsbeschlüsse an Entwicklungen angepasst worden. Die Geschäftsordnung habe einstimmige Anpassungen erfahren. Nach seiner Einschätzung habe der Kreistag für die getroffenen Regelungen sicherlich Gründe gehabt. Seiner Auffassung nach sei die Regelung sinnvoll.

Herr Killewald teilt mit, dass es sich seiner Auffassung nach bei der Kommunalen Pflege- und Gesundheitskonferenz um ein Pflichtgremium nach dem GEPA-NRW handelt, dessen Vorsitzender gewählt ist. Vor dem Hintergrund der Behandlung des Antrags der Hospizgruppe Emmerich stelle sich die Frage, ob der Vorsitzende das Gremium ausreichend unterstütze. Als Mitglied habe er einen TOP fristgerecht zur nächsten Sitzung angemeldet und vorbereitet. Die Sitzung sei abgesagt worden. Seiner Auffassung nach hätte die Sitzung stattfinden müssen.

Landrat weist darauf hin, dass die Kommunalen Pflege- und Gesundheitskonferenz nach der Intention des Kreistages ein Expertengremium ist, das den Kreis Kleve berate. Es sei verwunderlich, wenn Experten Hilfe der zu Beratenen benötigen um ihre Beratungsfunktion wahrzunehmen. Die Mitgliedsorganisationen seien in der Wahl der Sitzungsteilnehmer frei. Auch die entsandten Mitglieder des Ausschusses für Gesundheit- und Soziales hätten die Möglichkeit, Themen einzubringen. Es sei zutreffend, dass für die anstehende Sitzung der Kommunalen Pflege- und Gesundheitskonferenz durch Herrn Killewald ein Tagesordnungspunkt eingebracht worden sei, der sich auf die Aufgaben und Stellung der Mitglieder beziehe. Nach Ansicht des Landrates ist die Enttäuschung der Mitglieder hauptsächlich dadurch verursacht, dass kaum Diskussionspunkte vorgelegt haben. Es sei sicherlich die Pflicht des Vorsitzenden das Gremium einzuladen, wenn ein TOP vorliegt. Da für diese Sitzung jedoch nur dieser eine TOP vorlag, ansonsten kein fachliches The-

ma benannt worden sei und die Mitglieder von weit her kommen, wäre die Enttäuschung noch mal genährt worden. Der TOP könne auch in der nächsten Sitzung besprochen werden.

Herr Rupp bittet, die Geschäftsordnung der Niederschrift beizufügen. (Siehe hierzu **Anlage 1**). Die Kürze der Sitzungen sei der Leitung geschuldet. Der Fachbereich Gesundheit nehme an den Sitzungen nicht teil. Seiner Auffassung nach sei es zu wenig, beim Thema Gesundheit auf Zuständigkeiten zu verweisen. Der Kreis Kleve hätte zu den Fragen der Hospizgruppe Emmerich etwas sagen müssen. Die Chance sei nun vertan. Er habe den Eindruck, dass die Vertreter des Ehrenamtes in der Kommunalen Pflege- und Gesundheitskonferenz nicht angemessen behandelt würden.

Landrat weist nochmal darauf hin, dass er den Vorsitz wahrnehme und auch zwei Kreistagsmitglieder Mitglied in der Kommunalen Pflege- und Gesundheitskonferenz seien. Obwohl alle Mitglieder mitwirken und ihre Interessen vertreten könnten, würde versucht, eine Bringschuld des Landrats zu konstruieren und die mangelnde Nutzung an der Kreisverwaltung festgemacht. Es bestehe keine Veranlassung, Experten zu beraten oder Themen vorzugeben. Es handele sich bei dem Gremium nicht um einen Ausschuss oder Unterausschuss in dem die Zusammenarbeit nach anderen Regeln erfolge.

Herr Killewald ist der Auffassung, dass nunmehr deutlich sei, wie der Landrat seine Rolle versteht. Der Landrat werde unglaublich, wenn er Diskussionen nicht durchführen lasse. Hier würden Chancen vertan. Das Instrument der Fragestellung werde sicherlich unterschiedlich genutzt. Es sei aber mehr Engagement von Seiten des Vorsitzenden erforderlich.

Herr Poell verweist darauf, dass seit nunmehr 35 Minuten über eine Niederschrift diskutiert werde. Auch im Ausschuss seien eine Vielzahl von Mitgliedern ehrenamtlich tätig. Seiner Auffassung nach resultieren die Vorwürfe gegen den Landrat aus überzogenen Erwartungen der SPD, die bei der Einrichtung des Gremiums große Erwartungen hatte und nun sehr enttäuscht ist. Jedes Mitglied der Kommunalen Pflege- und Gesundheitskonferenz vertrete seine Interessen wie ein Lobbyist. Wenn man im Gremium was erreichen wolle, müsse miteinander gesprochen werden.

Herr Kerkenhoff stellt einen Antrag nach § 18 Abs. 3 der Geschäftsordnung auf Schluss der Aussprache und Schluss der Rednerliste/Rednerinnenliste, welcher sofort zu behandeln ist.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 9
Nein-Stimmen: 6
Enthaltungen: 0

Die Debatte zum TOP 4 wird daraufhin beendet.

Zu Punkt 5 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 851 /WP14

Forum für Seniorinnen und Senioren
Bericht aus der letzten Sitzung

Der Vorsitzende berichtet über die letzte Sitzung des Forums für Seniorinnen und Senioren des Kreises Kleve. Er sei erstaunt darüber, wie häufig der sog. „Enkeltrick“ auch im Kreis Kleve angewendet werde. Wenn bei Anrufen die Nummer 110 im Display erscheine, sei Vorsicht geboten. Bei Anrufen der Polizei erscheine diese nicht. In der nächsten Sitzung werde das Thema „Kriminalität gegen Senioren“ weiter vertieft.

Herr Engler teilt mit, dass er den Bericht gelesen habe. Entsetzlich sei die Höhe der entstandenen Schäden. Es gebe viele Geschädigte und Opfer. Er fragt nach, ob es Info-Material zu diesem Thema gebe.

Landrat teilt mit, dass bei der Kreispolizeibehörde sicherlich Informationsmaterial erhältlich sei.

Herr Velten hält es für sinnvoll auf Basis der Power-Point-Präsentation der Polizei für die nächste Sitzung des Forums eine Broschüre erstellen zu lassen und die Presse einzuladen.

Landrat teilt mit, dass die Sitzungen des Forums für Seniorinnen und Senioren nicht-öffentlich sind und daher keine Presse zugelassen sei. Die Kreispolizeibehörde informiere zu diesem Thema gezielt auf Veranstaltungen für Seniorinnen und Senioren und auch regelmäßig in den Medien. Die Tricks seien vielfältig.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 6 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 858 /WP14

Kurzzeitwohnen für behinderte Kinder im Kreis Kleve
Antrag der GRÜNE Kreistagsfraktion Kleve vom 05.06.2018

Herr Velten teilt mit, dass seine Fraktion die Vorlage zurückzieht und bedankt sich bei der Verwaltung für die umfangreichen Informationen in der Vorlage.

Zu Punkt 7 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 868 /WP14

Gewährung von Stipendien für Medizinstudentinnen und Medizinstudenten im Kreis Kleve
Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 14.06.2018

Herr Engler teilt mit, dass seine Fraktion den Antrag gestellt habe und gespannt auf die Beantwortung sei.

Zu Punkt 8 der Tagesordnung:

Mitteilungen

Es liegen keine Mitteilungen vor.

Zu Punkt 9 der Tagesordnung:

Anfragen

Herr Engler teilt mit, dass er in seinem beruflichen Umfeld mit Arbeitsmigranten konfrontiert sei. Er fragt nach, ob der Verwaltung die damit verbundenen Probleme bekannt seien. Herr Poell berichtet in diesem Zusammenhang, dass niederländische Zeitarbeitsfirmen in Goch vermehrt Häuser anmieten und Wohnungen an Mitarbeiter untervermieten. Nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses würden die Mietverhältnisse direkt gekündigt.

Landrat sagt eine schriftliche Beantwortung der Anfragen zu.

Herr Habicht bittet um Angabe der aktuellen Zahl der Kurzzeitpflegeplätze im Kreis Kleve und Angaben darüber, ob eine Erhöhung der Zahl der Kurzzeitpflegeplätze angestrebt ist. Landrat sagt eine Beantwortung im Rahmen der Niederschrift zu. (Anmerkung der Verwaltung außerhalb der Niederschrift: Im Kreis Kleve werden aktuell 246 Kurzzeitpflegeplätze vorgehalten. Die Zahl der aktuell vorhandenen Kurzzeitpflegeplätze übersteigt den im Pflegebedarfsplan des Kreises Kleve für 2025 errechneten Bedarf von 227 Plätzen.)

Herr Habicht bittet im Zusammenhang mit der Diskussion über die Kommunale Pflege- und Gesundheitskonferenz, die Erfolge des Gremiums darzustellen. Landrat verweist hierzu auf die Niederschriften zu den Sitzungen des Gremiums, denen die gewünschten Informationen entnommen werden können. Eine Wertung hinsichtlich der Erfolge bleibe jedem Betrachter überlassen.

Herr Rupp bittet den Landrat, dem Gremium Informationen zu seinem Gespräch mit dem neuen Geschäftsführer der Pro-Homine, die für den Ausschuss interessant sind, mitzuteilen und den Ausschuss über das Ergebnis des Treffens der Konferenz der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister im Kreis Kleve mit Bundesgesundheitsminister Spahn zu informieren.

Landrat teilt mit, dass er mit dem neuen Geschäftsführer der Pro-Homine ein sehr interessantes Gespräch geführt habe, aus dem sich jedoch keine für den Ausschuss interessanten Informationen ergeben hätten. Am Treffen der Konferenz der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister im Kreis Kleve mit Bundesgesundheitsminister Spahn habe er nicht teilgenommen, da er kurz vorher an einem fachlichen Austausch zwischen dem Vorstand des Deutschen Landkreistages und dem Bundesgesundheitsminister teilgenommen habe. Die Ergebnisse seien der Presseveröffentlichung des Deutschen Landkreistages zu entnehmen.